

Medieninformation 22.11.2018

STELLUNGNAHME ZUM INTERNATIONALEN TAG GEGEN GEWALT AN MÄDCHEN UND FRAUEN

Am 25. November ist internationaler Tag gegen Gewalt an Frauen und Mädchen. Häusliche Gewalt wird zunehmend nur noch im Kontext von Migrationsdebatten wahrgenommen. Statt der Instrumentalisierung der betroffenen Frauen fordert der Frauenpolitische Rat langfristige Lösungsstrategien und eine bessere Finanzierung der Hilfs- und Beratungsstrukturen im Land.

Zum internationalen Tag gegen Gewalt an Frauen und Mädchen wird der Frauenpolitische Rat an verschiedenen Aktionen teilnehmen. Unter anderem werden – gemeinsam mit Frauenministerin Susanna Karawanskij und der Landesgleichstellungsbeauftragten Monika von der Lippe - am 26.11. im Potsdamer Hauptbahnhof Brottüten verteilt, auf denen die Kontaktadressen von Beratungsstellen im Land genannt werden. Unterstützt wird die Aktion durch die Bäckerei Exner aus Beelitz sowie die Potsdamer Bahnhofspassagen. Gewalt gegen Frauen soll damit wieder stärker in die öffentliche Wahrnehmung gerückt und die Beratungsstellen bekannter gemacht werden.

Das ist auch dringend nötig, denn häusliche Gewalt ist auch 2018 nach wie vor ein großes Problem in Brandenburg. Claudia Sprengel, Sprecherin des Frauenpolitischen Rates: „Jeden zweiten bis dritten Tag stirbt in Deutschland eine Frau an den Folgen von Gewalt. In Brandenburg waren im letzten Jahr über 4200 Fälle polizeilich aufgenommen worden. Die Frauenhäuser sind voll.“

Dabei braucht es einen differenzierten Umgang mit der Thematik. Seit 2015 wird Gewalt an Frauen und Mädchen ins Feld geführt, um Stimmung gegen Migrant*innen und gegen muslimische Menschen zu machen. „Gewalt gegen Frauen kennt weder Alter noch Herkunft, sondern zieht sich durch alle gesellschaftlichen Schichten. Vereinfachte Beschränkungen auf Tätergruppen verlagern den Diskurs zu Ungunsten unseres gemeinsamen Anliegens: der Unterstützung aller Frauen, die von Gewalt betroffen sind“, so Sprengel weiter. Solche Verkürzungen instrumentalisieren ein Problem, dass es schon lange vor 2015 gab und verschleiern, dass der Großteil der Täter *weiße* deutsche Männer sind.

Die Situation der betroffenen Frauen tritt dabei ebenso in den Hintergrund wie die Bedingungen, unter denen die Unterstützungsstrukturen arbeiten. Bis heute sind Schutz- und Beratungseinrichtungen für Frauen, die von Gewalt bedroht oder betroffen sind, nicht ausreichend finanziert und müssen teilweise ehrenamtlich die Betreuung gewährleisten. Hier müssen dringend langfristig tragende Lösungen gefunden werden.

Für Fragen und weitere Informationen zum Thema stehen wir Ihnen gern zur Verfügung:

Frauenpolitischer Rat Land Brandenburg e.V.

Michaela Burkard | Referentin für Öffentlichkeitsarbeit

Telefon (0331) 280 35 81 | Fax (0331) 240 072

Charlottenstraße 121 | 14467 Potsdam

Internet: www.frauenpolitischer-rat.de | E-Mail: kontakt@frauenpolitischer-rat.de